

Grenzverschiebungen: Zwangsmigration und Flucht von Polen, Deutschen und Tschechen im Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg

Liebe Leserinnen und Leser,

die Ihnen vorliegende Ausgabe unseres LaG-Magazins greift den Themenkomplex von Zwangsmigration im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg auf.

Im öffentlichen Diskurs der letzten Jahre war zunehmend die Rede von der Vertreibung der Deutschen. Dieses Ereignis war allerdings erst die Folge der Entrechtungen, Vertreibungen, Ermordungen bis hin zur Vernichtung von Juden und anderen Bevölkerungsgruppen auf dem Gebiet des damaligen Deutschen Reiches und später in den von Deutschen eroberten Gebieten – vor allem in Mittel – und Osteuropa. Die deutschen Minderheiten in den besetzten Staaten waren nicht selten nur allzu willige Täter/innen oder wenigsten duldende Zuschauer/innen bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen Rassen- und Ausbeutungspolitik. Ohne diesen Tatzusammenhang sind die späteren Ereignisse, die Vertreibung der verbliebenen deutschen Minderheiten im Verlaufe der letzten Kriegsmonate und danach kaum denkbar. Daher können die Erinnerungen an Zwangsmigration und Vertreibung nur schwerlich in einen gesamteuropäischen Erinnerungskanon aufgehen. Eine didaktische Maßgabe wäre die historische Einordnung des verkürzend als „Vertreibung“ benannten Geschehens. Einige ausschnitthafte Anregungen will Ihnen hierfür die aktuelle Magazinausgabe geben.

Samuel Salzborn, Politikwissenschaftler und Autor verschiedener Bücher zur vorliegenden Thematik, diskutiert in seinem übergreifenden Beitrag die erinnerungspolitischen Dimensionen einer generalisierenden Verwendung des Begriffes Zwangsmigration und benennt die Gefahren von Täter-Opfer-Umkehrungen im Diskurs. Die deutsch-tschechische Historikerin Eva Hahn setzt den Beginn der Zwangsmigration von Deutschen früh an, nämlich mit den Umsiedlungsplänen für die deutschen Minderheiten durch die Nationalsozialisten selbst. Jerzy Kochanowski, Professor für Geschichte an der Universität Warschau, untersucht die Bedeutung der Zwangsmigration von Deutschen für das kollektive Gedächtnis in Polen und beschreibt den Umgang mit diesem Aspekt der Vergangenheit bis in die heutige Zeit. Dem Umgang der Medien mit der Vertreibungsthematik und den daran anschließenden neuen deutschen Opfererzählungen widmet sich Maren Röger vom Deutschen Historischen Institut in Warschau. Unser Dank gehört den externen Autorinnen und Autoren für die Mitarbeit an dieser Ausgabe.

Die nächste Ausgabe des LaG-Magazins erscheint am 8. September 2010. Sie wird sich mit "Zwangsarbeit im Nationalsozialismus" beschäftigen.

Aktuelle Veranstaltungshinweise, ebenso wie Radio- und TV-Tipps finden Sie unter:
[http://lernen-aus-der-geschichte.de/drupal/Teilnehmen-und-Vernetzen.](http://lernen-aus-der-geschichte.de/drupal/Teilnehmen-und-Vernetzen)

Die Redaktion

Inhalt

Zur Diskussion

1. Narrative der Erinnerung - Zwangsmigration und Flucht im Kontext des Zweiten Weltkriegs	2
2. Die Vertreibung der Deutschen in der polnischen Erinnerung und Geschichtspolitik	4
3. Umsiedlungen, Evakuierungen, Flucht und Vertreibungen von Deutschen 1939-1949	6
4. Der neue Erinnerungsboom an Flucht und Vertreibung in den deutschen Massenmedien: Narrative eines Ereignisses und Elemente einer Opfererzählung	9

Empfehlung Unterrichtsmaterialien

5. Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Perspektive	11
6. Vertreibung europäisch erinnern - eine Broschüre für den Unterricht	13
7. Region vermitteln über Grenzen	14

Empfehlung Web

8. The Unwanted - Bildungsportal zu Zwangsmigration im 20. Jahrhundert	15
--	----

Empfehlung Podcast

9. Flucht und Vertreibung - Ein Beitrag von Radio Bremen	16
--	----

Empfehlung Fachbuch

10. Atlas zur Geschichte der europäischen Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert	18
11. Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich	19

Empfehlung Fachdidaktik

12. Das Thema Vertreibung in Unterricht, Forschung und Politik	21
13. Geschichte verstehen – Zukunft gestalten. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1933-1949.	23

Zur Diskussion

1. Narrative der Erinnerung - Zwangsmigration und Flucht im Kontext des Zweiten Weltkriegs

Von Samuel Salzborn

Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit umfasst eine Reihe von unterschiedlichen Dimensionen. Nimmt man die verschiedenen Formen der Erinnerung, aber auch des Gedenkens an den Nationalsozialismus im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik in den Blick, stellt man fest, dass es immer wieder zu Spannungen zwischen der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der privaten Haltung der Menschen gekommen ist.

Auch wenn sich die Konstellationen im Laufe der Geschichte entlang der einzelnen Erinnerungsfelder immer wieder gewandelt haben, eröffnet sich ein Konfliktfeld zwischen *allgemeiner* und *partikularer* Erinnerung und den mit diesen Formen verknüpften unterschiedlichen Erinnerungsnarrativen. Als allgemein kann dabei gelten, was im öffentlichen Raum und als offizielle Form der Erinnerung installiert und etabliert wurde, von Gedenkorten und Gedenkveranstaltungen über die juristische Auseinandersetzung bis hin zu politisch-programmatischen Reden. Als partikular müssen die Tradierungen innerhalb

von Familienerzählungen gelten, die individuellen Erlebnisse aus Berichten der Eltern- oder Großelterngeneration, also das private Geschichtsbild. In ihm vermischt sich reale Geschichte mit fiktionaler Ausgestaltung, nicht selten mit der Intention der Reinwaschung der eigenen Biografie. Öffentliche und private Erinnerung an den Nationalsozialismus stehen dabei immer wieder in Konflikt.

Nimmt man den Diskurs über Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg in den Blick, dann zeigen sich hier jedoch bemerkenswerte Übereinstimmungen. Während die Auseinandersetzung um den Antisemitismus und die Massenvernichtung der europäischen Juden durch die Deutschen in der bundesrepublikanischen Geschichte immer konfliktreich war, hat es in Bezug auf die Opfererzählungen von Beginn an ein hohes Maß an Konsens und damit ein hohes Maß an Identität zwischen öffentlichem und privatem Erinnern gegeben.

Noch während sich in den 1950er und 1960er Jahren die politischen Parteien und später auch die Außerparlamentarische Opposition heiße Gefechte um die Frage der Täterschaft lieferten, war die Unterstellung, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung passiv zu Opfern geworden sei, insbesondere die späteren Flüchtlinge und Vertriebenen aus den vormals von den Deutschen eroberten Territorien Polens, der Tschechoslowakei und anderer osteuropäischer Staaten, nahezu immer Konsens in der bundesdeutschen Geschichte. Selbst bis hinein in die Pamphlete der linken politischen Bewegung findet sich diese Position. Der Opfermythos der Deutschen gehört zu den Gründungsmythen der Bundesrepublik.

Was nun ändert sich in jüngster Vergangenheit in der Auseinandersetzung um das Thema Zwangsmigration und Flucht, wenn es schon von Beginn an eine „Selbstviktimisierung“ (Katrin Hammerstein) der Deutschen gegeben hat, wenn der Opfermythos eines der zentralen Gründungsnarrative der Bundesrepublik ist und sich gleichsam in die individuellen Familiengeschichten und privaten Erinnerungen eingeschrieben hat?

Neu ist vor allem der schamlose, vor allen Dingen von den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik unternommene Versuch, Opfer- und Täterdiskurs nicht mehr voneinander getrennt betrachten zu wollen und die Partikularinteressen der Vertriebenenverbände zum öffentlichen, sakralisierten und verbindlichen Geschichtsbild zu machen. Neu ist auch, dass politische Motive, oder allgemeiner gesprochen Interessen aus der Geschichtserinnerung heraus redigiert werden sollen.

Wer heute den Begriff der Zwangsmigration als generalisierenden Begriff zur Auseinandersetzung mit der gegenüber Polen, Tschechoslowaken und anderen betriebenen völkischen Vernichtungspolitik verwendet und in einem Atemzug die deutschen Flüchtlinge mit unter diesen Begriff subsumiert, betreibt eine Verwischung der Grenzen des Politischen und eine Aufweichung des für die geschichtswissenschaftliche Forschung gar so wichtigen Blickes auf die Vergangenheit: nämlich des Blickes auf die Fakten.

Die oft in diesem Zusammenhang zu hörende Darlegung, dass es den Opfern von Gewalterfahrungen gleich sei, warum sie diese Gewalt erleiden mussten, ist zweifelsfrei ein starkes und zutreffendes Argument. Entscheidender für die Auseinandersetzung mit Geschichte ist aber, wie mit diesem Opferstatus umgegangen und wie versucht wird, aus ihm Profit zu ziehen. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler spricht in diesem Zusammenhang vom „politischen Mehrwert“ des Opferstatus, den die deutschen Vertriebenenverbände nun für sich einstreichen wollen. Durch die Verwischung zwischen

den höchst unterschiedlichen Motiven, die zur Migrationsbewegung vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg geführt haben, verwischt auch die Frage nach dem aktiven Anteil der später flüchtenden und vertriebenen deutschen Bevölkerung im Zusammenhang mit der Verfolgung und Ermordung von Polen und Tschechoslowaken. Es verschwindet auch die Frage nach der aktiven Beteiligung der deutschen Bevölkerung – und nicht nur von Wehrmacht und SS – an der Massenvernichtung der europäischen Juden.

In der Vernebelung einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit durch den generalisierenden Begriff der Zwangsmigration gerät aus dem Blick, dass ein Großteil der späteren Flüchtlinge mindestens passiv – und wie zahlreiche historische Studien mittlerweile zeigen – oft auch aktiv an der völkisch-antisemitischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Osteuropa Anteil hatte. Wobei dieser Anteil in einer ganzen Reihe von Handlungen bestand: von der aktiven Teilnahme bei Enteignungen, Plünderungen, Denunziationen, Erschießungen oder Deportationen über das Unterlassen von Widerstand, die Verbreitung von antisemitischen und rassistischen Ressentiments bis hin zum Verschweigen der Verbrechen und Profitieren aus Zwangsarbeit und „Arisierung“. Insofern sollte, wer sich heute mit Migrationsbewegungen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg auseinandersetzt, klar darauf achten, die politischen Motive der beteiligten Akteure in den Blick zu nehmen.

Kurz gesagt: Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den von ihnen besetzten Gebieten auf dem Territorium von Polen, der Tschechoslowakei und anderen osteuropäischen Staaten, hätte es ohne die vorangegangene deutsche Expansions-, Eroberungs- und Vernichtungspolitik nicht gegeben. Flucht und Vertreibung der Deutschen sind die Folge des antisemitischen Vernichtungswahns. Insofern ist das individuelle, nicht selten auch schreckliche Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten von einer Auseinandersetzung mit den politischen Motiven, die bei den alliierten und assoziierten Mächten zu dieser Entscheidung geführt haben, klar zu trennen und zu betonen, dass Migrationsbewegung und Vertreibung eben nicht ein und dasselbe sind.

Über den Autor

PD Dr. Samuel Salzborn ist Vertretungsprofessor für Demokratie- und Demokratisierungsforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Giessen. Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeit unter <http://www.salzborn.de>

Zur Diskussion

2. Die Vertreibung der Deutschen in der polnischen Erinnerung und Geschichtspolitik

Von Jerzy Kochanowski

Im polnischen kollektiven Gedächtnis war und ist das Thema Zwangsmigrationen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg einem vielschichtigen Wandlungsprozess unterworfen. Im Vordergrund standen zunächst vor allem die Erlebnisse und das Leid der Polen, während das den z.B. Deutschen und Ukrainern zugefügte Leid aus dem

kollektiven Gedächtnis verdrängt wurde.

Auch wenn sich die Gesellschaft in Nachkriegspolen selten mit der politischen Führung einig war, so war man doch im Falle der Verdrängung der Deutschen ausnahmsweise einer Meinung. Die Vertreibung der Deutschen stellte einen Stabilisierungsfaktor für den jungen polnischen Staat dar. Das Polonisierungsprojekt in den neu erworbenen Gebieten im Westen und Norden Polens sah vor, sowohl die Erinnerung an die Deutschen als auch ihre materiellen Spuren auszulöschen. Auf diese Weise sollten die neuen Gebiete in den Rest des Landes eingegliedert werden.

Zwei Faktoren trugen besonders dazu bei, dass in Polen ein eigentümlicher „Vertreibungskomplex“ entstand. Einerseits die lange ausbleibende Anerkennung der Oder und Lausitzer Neiße als polnische Westgrenze durch die BRD. Andererseits die zahlreichen Verstößen gegen die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens, welche die von Polen durchgeführte Vertreibung begleiteten. Der so entstandene „Vertreibungskomplex“ zeichnete sich vor allem durch die Tabuisierung des Problems aus.

Hier lag u.a. der Grund für die ablehnende Reaktion der polnischen Führung auf den Hirtenbrief vom Herbst 1965, in dem sich die polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder mit den Worten wandten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Die Bitte um Vergebung bezog sich vor allem auf das während der Vertreibung verursachte Leid.

Die westdeutschen Vertriebenenverbände befanden sich stets ganz oben auf der Liste der „Feinde Polens“, die durch offizielle Propaganda lanciert wurde. Weder in der damaligen Historiografie, noch in der offiziellen Publizistik wurde der Begriff „Vertreibung“ verwendet. Stattdessen ersetzte man ihn durch neutrale Bezeichnungen wie „Repatriierung“, „Migration“, „Aussiedlung“, „Umsiedlung“ oder „Ausreise“.

Dabei war es unmöglich, die frühere Anwesenheit der Deutschen in den so genannten „Wiedergewonnenen Gebieten“, wie auch die Tatsache ihrer Aussiedlung vollständig zu verdrängen. Wenn die Deutschen überhaupt in literarischen Werken, Filmen oder auch in der Historiografie auftauchten, wurden sie für gewöhnlich als Saboteure oder Meuchelmörder dargestellt. Die Repressionen gegen die Deutschen wurde zudem als eine sporadische und stets von ihnen provozierte Erscheinung gezeigt.

Die Autoren der ersten Monografien über die Aussiedlungen der Deutschen, die schon Ende der 1960er Jahre erschienen, konzentrierten sich vor allem auf demographische Fragen (z.B. die Zahl der Vertriebenen) und auf den eigentlichen Bevölkerungstransfer. Die Debatte um grundsätzliche Probleme - Beziehung der Polen zu den Deutschen, Alltagsleben, Lager, Zwangsarbeit etc. - verschwand aus dem Blickfeld oder wurde euphemistisch mit Verweis auf „Schwierigkeiten“ unterbunden.

Bis zum Systemwechsel im Jahr 1989 wurde die Grenze des Schreibbaren in Bezug auf die Deutschen nur ein Mal überschritten, nämlich vom Journalisten, Literaten und Literaturwissenschaftler Jan Józef Lipski (1926-1991). Während des Krieges hatte er als Soldat der Heimatarmee (polnische Untergrundarmee) gekämpft, bevor er sich nach dem Krieg der Opposition anschloss. Im Jahr 1981 publizierte Lipski in einem Untergrundverlag die Broschüre „Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen“. Darin brach er das bisherige Tabu, indem er schrieb, dass Aussiedlungen – in gewissen Situationen berechtigt – immer ein Übel seien, und zwar eines an dem auch Polen aktiv beteiligt gewesen waren.

Man kann den Einfluss von Lipskis Text auf die junge Historikergeneration, die sich nach

1989 mit der Aussiedlung der Deutschen beschäftigte, gar nicht überschätzen. Die Liste der seitdem veröffentlichten Monografien und Quelleneditionen ist lang. Am Horizont der Historikerinteressen erschienen nun alle Themen, die bis dahin verboten gewesen waren: „wilde Vertreibungen“ von März bis Juli 1945, Lebensbedingungen der Deutschen, Arbeit, Lager, Sterblichkeit, Gesetzesbrüche, Beteiligung der Roten Armee und der sowjetischen Führung an der Verdrängung der Deutschen etc. Historiker unterschieden hierbei zwischen „ethnischen Deutschen“ und deutschen Kriegsgefangenen.

Zu Beginn der 1990er Jahre konzentrierte sich die öffentliche Debatte zum Thema Vertreibungen auf die Mitverantwortung der Polen für das Leid anderer, darunter auch das der vertriebenen Deutschen. Diese Verschiebung war notwendig für eine Aussöhnung mit Polens Nachbarn. Der Diskurs um Mitverantwortung wurde nicht nur in Polen geführt sondern auch in anderen Ländern auf „Vertreibungs“-erfahrungen übertragen. Allerdings schien er sich tendenziell auf eine kleine Gruppe von Intellektuellen zu beschränken. Wie falsch diese Annahme war, zeigte sich an der Wende zum 21. Jahrhundert, als ein starkes Interesse am Thema Vertreibungen aufkam.

Die Verschiebung vom „Täter“ zum „Opfer“ in der deutschen Erinnerungslandschaft zeigte sich deutlich an drei Ereignissen, die sich in erheblichem Maße auf das polnische kollektive Gedächtnis auswirkten: der Veröffentlichung von Günter Grass' Erzählung „Im Krebsgang“, der Aktivierung der schon in den 1990er Jahren entstandenen Idee eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ und schließlich der Tätigkeit der im Dezember 2000 entstandenen sog. Preußischen Treuhand.

Auch in Polen wurde dieser deutsche Perspektivwechsel zum Gegenstand breiter öffentlicher Diskussionen. Unverzüglich versuchten einige Politiker, besonders der rechten Parteien, mit antideutschen Ressentiments ihre eigene Anhängerschaft zu vergrößern. Gewissermaßen als Revanche für die deutschen Rückgabeforderungen - sowohl auf dem Gebiet der Erinnerung, als auch materiell – brachte die polnische Seite erneut eine mögliche deutsche Entschädigung für die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg ins Spiel. Das Titelblatt der Wochenzeitschrift „Wprost“ (vom 21.9.2003) stellte die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, als „deutsches Trojanische Pferd“ dar. In eine schwarze SS-Uniform gekleidet, reitet sie auf dem Rücken des damaligen Kanzlers Gerhard Schröder. Das Bild wurde weltweit durch seriöse Medien verbreitet.

Ein wenig vereinfachend lässt sich sagen, dass das Handeln Erika Steinbachs die bilaterale Verständigung stark belastet. Dazu zählen die kontroverse Berliner Ausstellung „Erzwungene Wege“, die Streitigkeiten um die Sitzverteilung im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sowie das geplante Vertreibungsmuseum „Sichtbares Zeichen“. Als Folge verließ ein bedeutender Teil der Mitglieder den Stiftungsrat, darunter der polnische Vertreter Prof. Tomasz Szarota. Bleibt nur die Hoffnung, dass letztendlich beide Seiten zur Vernunft kommen und einen Kompromiss aushandeln. Dieser sollte die Erinnerung an die Vertreibungen nicht teilen, sondern verbinden.

Übersetzt aus dem Polnischen von Lisa Just und Markus Nesselrodt.

Über den Autor

Jerzy Kochanowski ist Professor für Geschichte am Historischen Institut der Universität Warschau. Er kann zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Zwangsmigration, deutsch-polnische Beziehungen, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Polens und Geschichte Warschaws vorweisen.

Zur Diskussion

3. Umsiedlungen, Evakuierungen, Flucht und Vertreibungen von Deutschen 1939-1949

Von Eva Hahn

In den Jahren 1939-1949 verloren rund elf Millionen zuvor östlich der heutigen deutschen Grenzen lebenden Deutschen ihre Heimat und fanden im heutigen Deutschland Zuflucht. Sie verließen ihre jeweiligen Wohnorte zum Teil aus freiem Entschluß, zum Teil gezwungenermaßen, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. Der Vorgang kann daher auf keinen Fall als freiwillige Migration betrachtet werden.

Begonnen hatte diese in Deutschland oft unter dem Begriff ‚Vertreibung‘ subsumierte Zwangsmigration mit einer Rede Adolf Hitlers am 6. Oktober 1936. Darin wurden nationalsozialistische Umsiedlungspläne für deutsche Minderheiten im östlichen Europa angekündigt. Hitler nannte die Minderheiten „nichthaltbare Splitter des deutschen Volkstums“ und erklärte, dass es „zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens“ gehöre, Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen. Bei der Umsetzung dieser Ankündigung wurde rasch klar, dass diese Umsiedlungen zum „Aufbau der neuen Ostgebiete zu einem deutschen Kulturraum“, wie damals die versuchte Germanisierung besetzter Gebiete genannt wurde, beitragen sollten.

Angesichts dieses Geschehens und unter dem Eindruck, wie das NS-Regime die deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei und in Polen 1938/39 auf dem Weg zur Entfesselung des Krieges instrumentalisiert hatte, begannen in der freien internationalen Öffentlichkeit einschließlich regierungsnaher Kreise Großbritanniens schon im Winter 1939/40 Diskussionen über eventuelle Nachkriegsumsiedlungen der deutschen Bevölkerung aus den im Osten an Deutschland angrenzenden Ländern.

Bis zur Kriegswende 1943 wurden mehr als eine Million Deutsche durch die NS-Behörden als ‚Umsiedler‘ in allerlei ihnen fremden Gebieten des östlichen Europa zerstreut. Als sich die Wehrmacht in Folge ihrer Niederlagen zurückzuziehen begann, verloren weitere Millionen Deutsche im östlichen Europa einschließlich der in den östlichen Provinzen des Großdeutschen Reiches bis dahin beheimateten Deutschen ihre Heimat: Diesmal nannten es die NS-Behörden ‚Evakuierungen‘ und bezeichneten die Betroffenen als ‚Rückgeführte‘ oder als ‚Flüchtlinge‘.

Die Betroffenen wurden mit Zügen oder in großen Trecks auf den Straßen in westlich gelegene Teile des Großdeutschen Reiches geleitet. Manche von ihnen flüchteten freiwillig, andere wurden von den NS-Behörden zwangsevakuiert. Teilweise wurden ganze Dörfer und Städte geräumt, so daß in den letzten Kriegswochen wohl über zehn Millionen Deutsche unterwegs waren. Dass diese Räumungspolitik rasch zu einer humanitären Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes führte, war den NS-Behörden bekannt, nichtsdestoweniger setzten sie ihre Maßnahmen nicht aus. Die Kriegshandlungen, das Elend der Obdachlosigkeit, Hunger sowie Krankheiten führten vielfach dazu, dass namentlich die Schwächsten der Evakuierten, Frauen, Kinder und alte Menschen ihr Leben verloren.

Am Kriegsende befanden sich manche der Evakuierten, unter ihnen auch die zuvor Umgesiedelten sowie die erst im Folge der deutschen Kriegs- und Besatzungspolitik ins östliche Europa Zugewanderten, im heutigen Deutschland, andere in Österreich und in der Tschechoslowakei, von wo sie nach und nach meist weiter nach Deutschland transportiert wurden. Die aus der besetzten Sowjetunion evakuierten Deutschen wurden von den sowjetischen Behörden zwangsweise repatriert, und kleinere Gruppen der aus Südosteuropa zuvor umgesiedelten oder evakuierten Deutschen kehrten nach dem Kriegsende in ihre Heimat zurück. Die Rückkehrer fanden nirgendwo jedoch ihre alte Heimat so vor, wie sie sie verlassen hatten, und viele von ihnen übersiedelten früher oder später meist in die alte Bundesrepublik.

Von besonderen Folgen der Räumungspolitik waren jene Gebiete betroffen, die während des Krieges zum Großdeutschen Reich und danach zu Polen, der Tschechoslowakei, und zum Teil zu Jugoslawien gehörten. Dort war ein verwaltungsloser Raum entstanden, in dem noch in den ersten Nachkriegswochen und -monaten Willkür und Gewalt herrschten, bis nach und nach zumindest eine rudimentäre staatliche Verwaltung aufgebaut werden konnte. Da die Umsiedlungspläne der alliierten Großmächte bekannt waren, kam es vor allem in Polen und in der Tschechoslowakei zu willkürlichen gewaltsamen Vertreibungen und Misshandlungen von Deutschen, die erst zwischen dem Sommer und Winter 1945 unterbunden werden konnten.

Entsprechend dem im Herbst 1945 erstellten Plan des Alliierten Kontrollrates wurden im Jahre 1946 und zum geringen Teil zwischen 1947 und 1949 unter der administrativen Kontrolle der alliierten Regierungen Zwangsumsiedlungen von rund 4,8 Millionen Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn durchgeführt. Sie wurden in überwachten Transporten größtenteils in die amerikanische, britische oder in die sowjetische Besatzungszone gebracht, wo sie nach und nach mit der Unterstützung der Besatzungsmächte sowie der entstehenden deutschen Behörden ihre neue Heimat suchen und aufbauen konnten. Auch diese Deutschen mussten ihre gesamte Habe zurücklassen und mittellos einen Neuanfang in einer ihnen weitgehend fremden Welt suchen.

Über die Autorin

Eva Hahn ist gebürtige Pragerin, seit 1968 in der Bundesrepublik Deutschland, studierte an den Universitäten Prag, Stuttgart und an der London School of Economics, dort 1981 Promotion, 1981-1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Collegium Carolinum, Forschungsstelle für die böhmischen Länder, in München. Verfasserin zahlreicher Studien und Abhandlungen zur Geschichte des politischen Denkens im 19. und 20. Jahrhundert und zu den deutsch-tschechischen Beziehungen. Ausführlicher zum Thema siehe das demnächst erscheinende Buch: Eva Hahn/ Hans Henning Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010.

Zur Diskussion

4. Der neue Erinnerungsboom an Flucht und Vertreibung in den deutschen Massenmedien: Narrative eines Ereignisses und Elemente einer Opfererzählung

Von Maren Röger

Die Zwangsmigration der Deutschen im Zuge des Zweiten Weltkrieges war in der kompletten Geschichte der Bundesrepublik präsent und nie ein Tabuthema für Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffende. Auch die bundesrepublikanischen Massenmedien gedachten regelmäßig der Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen. Neben den Heimatfilmen, die die Zwangsumsiedlung und die schwierige Eingliederung der Flüchtlinge eher über Umwege thematisierten, gab es Kinofilme wie „Nacht fiel über Gotenhafen“. Dieser Film aus dem Jahr 1959 stellte den Untergang des hauptsächlich mit Flüchtlingen besetzten Schiffs „Gustloff“ in den Mittelpunkt.

Während der politischen Debatten um die Ostverträge war die Zwangsumsiedlung ebenfalls Dauerthema in der Presse. Zudem sendeten die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten immer wieder Dokumentationen über die verlorenen Ostgebiete und das historische Ereignis, so zum Beispiel den großen Dreiteiler „Flucht und Vertreibung“ aus dem Jahr 1981. Die Veränderungen im öffentlichen Umgang mit dem in der unmittelbaren Nachkriegszeit zentralen Thema, zu denen es seit Ende der 1950er Jahre kam, lassen sich also besser mit den Begriffen Pluralisierung, Politisierung und Milieubindung der Erinnerungen beschreiben denn mit dem Begriff des Tabus.

Nach der Jahrtausendwende wurde nicht nur die Behauptung eines Erinnerungstabus in der deutschen Öffentlichkeit populär, sondern das historische Ereignis der Zwangsmigration war plötzlich in allen Medien vertreten. Im Anschluss an Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“ im Jahr 2002 verbreiteten zahlreiche deutsche Pressemedien, darunter federführend der Spiegel, die inkorrekte These eines Tabus der Vertreibungserinnerung. Zudem avancierte das historische Ereignis Flucht und Vertreibung zu einem der prominentesten historischen Themen auf der medienöffentlichen Agenda: In den Auslagen der Buchhandlungen fanden sich Sonderausgaben von Zeitschriften wie Geo oder Damals und es erschienen vermehrt Erinnerungsbücher sowie literarische Bearbeitungen der Thematik. Bereits im Jahr zuvor zeigte sich am Beispiel der stark rezipierten mehrteiligen ZDF-Serie „Die große Flucht“ von Guido Knopp, dass der Bekanntheitsgrad der jeweiligen Medienakteure wichtig für deren Einfluss auf den erinnerungskulturellen Diskurs war.

Wie sehen aber die neueren Erzählmuster der Zwangsmigration aus? Eingangs muss gesagt werden, dass die Medien in Deutschland den Themenkomplex der Zwangsmigration der Deutschen nicht nur in unterschiedlichen Phasen mit abweichender Intensität, sondern auch in diversen Formaten und aus unterschiedlichen Perspektiven aufgreifen. *Die* Medien gibt es also nicht. Trotz dieser wichtigen Feststellung lassen sich zentrale Erzählmuster benennen. Gerade der Vergleich zu anderen nationalen Narrativen der Zwangsumsiedlung – etwa der polnischen oder tschechischen – kann ein fruchtbares Instrument sein, um dominante Erklärungsmuster in TV-Dokumentationen oder auch

Sehgewohnheiten hinsichtlich der Bilderverwendung offenzulegen.

Für die Begriffe und die Betroffenen- und Todesopferangaben lässt sich für die deutschen Medien festhalten, dass die bis 1989 herausgebildeten Redepraxen erstaunlich beharrlich verwendet wurden. Dominant blieb der Begriff *Flucht und Vertreibung*, obwohl er ein nicht unproblematischer Sammelbegriff ist. In ihm werden die von den NS-Funktionären zu spät erlaubte Phase der Flucht, die Phase der sogenannten wilden und oft gewaltsamen Vertreibungen, mit denen unter anderem Polen und die Tschechoslowakei Fakten schaffen wollten, und die Phase der geordneten Umsiedlungen – die Willkür trotzdem nicht ausschloss – zusammengeschmolzen. Und auch an der überhöhten und ungenauen Todesopferzahl von zwei Millionen hielten die deutschen Medien im Großen und Ganzen fest – teils aus geschichtspolitischen Gründen; größtenteils aber mangels Recherchen, wobei die Ungenauigkeit und anscheinende Unbedarftheit im Umgang der Medien mit Betroffenen- und Todesopferzahlen frappierend war. Schließlich hatten jüngst Historiker wie Ingo Haar darauf hingewiesen, dass es unter anderem für den Umgang mit den an der Zwangsumsiedlung beteiligten Nachbarstaaten nicht unproblematisch ist, wenn ihnen auch die Todesopfer für die von den Nationalsozialisten zu spät in Gang gesetzte Fluchtbewegung angelastet werde.

Ein Ergebnis zu den historischen Narrativen der Zwangsmigration der Deutschen ist, dass die dominanten Rahmungen weiterhin – trotz des Falls des ‚Eisernen Vorhangs‘ und der EU-Erweiterung – aus der Sicht der jeweiligen sprachnationalen Gruppe vorgenommen wurde. In Polen beispielsweise begannen die Erzählungen stets im Jahr des deutschen Überfalls 1939, womit die Chronologie und Kausalität der historischen Ereignisse betont wurde. In den bundesrepublikanischen Medien indessen begannen die Erzählungen zumeist mit dem Vormarsch der Sowjetarmee und setzten damit mit dem Zeitpunkt ein, als der Krieg sich gegen die Deutschen wendete. Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten mit seinen verheerenden Gewaltexzessen gegenüber den Zivilbevölkerungen wurde im deutschen Geschichtsfernsehen zumeist erst in einem zweiten Zugriff in die Erzählung über Flucht und Vertreibung der Deutschen einbezogen. Hinsichtlich der Bilder, die die Erinnerung an dieses historische Ereignis strukturieren, kann gesagt werden, dass Bildredakteure mit dem Motiv des Trecks aus Ostpreußen durch Eis und Schnee eines der spektakulärsten Motive der Zwangsmigration bevorzugten. Zudem wurden Gräuelbildern und Mutter-Kind-Motive häufig verwendet, um ein Bild der unschuldigen Opfer zu vermitteln.

In den analysierten Medienveröffentlichungen waren also Elemente einer deutschen Opfererzählung zu beobachten. So führte zum Beispiel die Inszenierung von Zeitzeugen im deutschen Geschichtsfernsehen häufig zu einer Entlastungserzählung. Diese These stützt sich maßgeblich auf drei Aspekte: Erstens auf das verstärkte Auftreten einer bestimmten Altersgruppe, damals vorwiegend im Kindesalter und somit politisch nicht verantwortlich. Zweitens auf die mangelnde Kontrastierung mit der Leiderzählung der anderen Seite. So kamen die nicht-deutschen Zeitzeugen in den vielen neueren Dokumentationen nicht primär als Opfer der Deutschen, sondern als Zeugen der Tat zu Wort, weshalb hier kaum ein Korrektiv zur emotionalen Opfererzählung gebildet wurde. Drittens basierte die Entlastungserzählung auf der unpolitischen Selbst- und TV-Inszenierung von Frauen. Obwohl die Historikerin Elizabeth Harvey Frauen als „Agents and Witnesses of Germanization“ (2003) in den östlichen Territorien und somit als Bystander, Profiteurinnen und Täterinnen beschreibt, wurden sie im neueren deutschen Mediendiskurs hauptsächlich als unschuldige Opfer gezeigt. Zentrales Thema waren hier

die Massenvergewaltigungen durch die Sowjetarmee. Des Weiteren fügte sich beispielsweise die egalisierende Konstruktion von deutschen und polnischen Vertreibungsoptionen in eine allgemeine Entwicklung, Deutschland ebenso als Kriegsoption zu sehen wie andere Nationen, und darüber teilweise Täter-Option-Differenzen für zweitrangig zu erklären.

Dennoch sollte man von allzu verallgemeinernden Thesen Abstand nehmen. Weder kann davon gesprochen werden, dass alle Medien die Zwangsmigrationsthematik skandalisieren würden – wie hinsichtlich der „Zentrum gegen Vertreibungen“-Debatte manchmal behauptet wurde – noch, dass alle Medien in der Thematisierung von Flucht und Vertreibung eine Opferzählung der Deutschen präsentieren würden. Viele Medien kritisierten nämlich auch die Entlastungserzählungen und somit kann nicht von einem überall verbreiteten Opferdiskurs die Rede sein. Allerdings öffneten einzelne (Mainstream-)Medien immer wieder die Tür zur geschichtspolitischen Rechten – durch Zitation einschlägiger Autoren, Befragung belasteter Zeitzeugen oder durch die Wiederholung bestimmter Narrative. Diese mangelnde Abgrenzung zur Rechten ist ein fortwährender Ballast für das Thema Flucht und Vertreibung und einer der Gründe – neben politischen Reflexen, die aus der Zeit der Ostvertragsdiskussionen stammten –, weshalb Teile der Gesellschaft das Thema bis heute als per se rechts und revisionistisch wahrnehmen.

Über die Autorin

Maren Röger, 2006-2009 DFG-Stipendiatin am Graduiertenkolleg „Transnationale Medienereignisse“ an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Dissertation über „Flucht, Vertreibung und Umsiedlung: Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989“. Seit Februar 2010 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut Warschau.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

5. Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Perspektive

Von Markus Nesselrodt

Flucht und Vertreibung im Zuge des Zweiten Weltkrieges sind auch 65 Jahre nach Kriegsende noch ein kontrovers diskutiertes Thema in der deutschen Öffentlichkeit. Das im Klett Verlag erschienene Heft „Flucht und Vertreibung. Geschichte des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive von drei Nachbarn“ versucht, die nationale Sicht auf das schwierige Thema zu umgehen. Deutsche, polnische und tschechische Historiker (und ein renommiertes Beraterteam) versuchen mithilfe von umfangreichem Quellenmaterial der Komplexität von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert gerecht zu werden.

Dabei fällt zunächst die kluge Gliederung des Heftes auf. Auf eine Darstellung der Geschichte von Flucht und Vertreibung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgt ein Abriss zur Rezeption und Erinnerungskultur. Diese Zweiteilung erscheint besonders deshalb sinnvoll, weil in vielen Diskussionen kaum oder nur wenig die Ergebnisse der internationalen historischen Forschung berücksichtigt werden. Der erste Teil des Heftes

beabsichtigt daher, in gebotener Kürze, die wesentlichen Erkenntnisse zusammenzutragen.

Die Autoren Ingo Esser, Jerzy Kochanowski und Ondrej Matejka ordnen in ihrem Einleitungstext zunächst die Vertreibungen im Laufe oder in Folge des Zweiten Weltkrieges in den Kontext der Verhältnisse in Europa von 1900 bis 1945 ein. Hier sind vor allem die Ausführungen zu komplizierten Situation der Minderheiten im Deutschen Reich, Polen und der Tschechoslowakei von Bedeutung, denn insbesondere daran lässt sich gut ablesen, wie politische und soziale Fragen erst ethnisiert und dann politisch vereinnahmt wurden (s. z.B. die Umdeutung der deutsch besiedelten Gebiete in der Tschechoslowakei in „Sudetenland“ durch die Nationalsozialisten). Doch in der kurzen Einführung wird ebenso die internationale Dimension der Vertreibung berücksichtigt.

Die folgenden Kapitel beschäftigen sich mit Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht. Dabei wird jeweils zunächst der historische Kontext skizziert und durch umfangreiches Quellenmaterial ergänzt. Die einführenden Texte der Historiker sind um weitgehende Objektivität bemüht und tragen vor allem Fakten zusammen. Die Quellentexte - zeitgenössische Zeitungsberichte, Reden, Plakate oder auch Erinnerungen von Zeitzeugen – eröffnen dann die vielfältigen Sichtweisen auf die (Vor-)Geschichte von Flucht und Vertreibung. Dabei machen es sich die Autoren zur Aufgabe, ein möglichst differenziertes Bild der Vergangenheit zu entwerfen.

Im zweiten Teil des Heftes steht die Rezeption und Erinnerung an Flucht und Vertreibung im Vordergrund. Zwar liegt der Schwerpunkt auf der deutschen Erinnerungsdebatte, doch auch das Gedenken an die Vertreibung in Polen und Tschechien bzw. der Tschechoslowakei finden Berücksichtigung. Die Autoren zeichnen die verschiedenen Phasen der Konflikte und Annäherungen nach und ordnen die Diskussionen um die Vertreibung stets in ihren internationalen politischen Kontext ein. Daraus wird vor allem deutlich, wie stark das Thema in allen drei Ländern emotional besetzt war und noch immer ist. Als Stichwörter mögen hier die Debatte um ein „Sichtbares Zeichen“, die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und die Diskussionen um die Gültigkeit der Benes-Dekrete im Vorfeld des tschechischen EU-Beitritts genügen.

Die Aktualität des Themenkomplexes „Flucht und Vertreibung“ verweist umso mehr auf die Notwendigkeit einer fundierten Diskussion zwischen gleichberechtigten Partnern. Nationale Alleingänge oder die Bevorzugung einer historischen Sichtweise können einer ernstgemeinsten Versöhnung nur im Wege stehen. Gerade weil über Flucht und Vertreibung viel medialer Wind gemacht wird, ist historisches Wissen notwendig. Die Kenntnis der hier vorgestellten Perspektiven kann das Verständnis der aktuellen Debatten nicht nur erhöhen, es ermöglicht auch eine eigene Positionierung.

Für die zukünftige Arbeit zum Thema Flucht und Vertreibung in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erweist sich das Heft als große Bereicherung. Mithilfe der informativen historischen Texte, der zahlreichen Karten und Quellen, kann gezielt thematisch gearbeitet werden. Linktipps und online zugängliches Zusatzmaterial runden das Angebot ab. Bleibt nur, dem Heft viele Leserinnen und Leser zu wünschen.

Ingo Esser, Jerzy Kochanowski, Ondrej Matejka: Flucht und Vertreibung. Geschichte des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive von drei Nachbarn, Ernst Klett Verlag Stuttgart, 2009, 96 Seiten, 12,95 €.

6. Vertreibung europäisch erinnern - eine Broschüre für den Unterricht

Das Teilprojekt „Vertreibung europäisch erinnern“ widmete sich den *materiellen Schichten der Erinnerung* an Zwangsmigration im Zusammenhang des Zweiten Weltkrieges, und zwar in der *Bundesrepublik*, in *Polen* und in *Tschechien*. Anhand von Denkmälern und Gedenktafeln, Straßenschildern, Grabmälern, Gebäuden und „Leerstellen“ (z.B. „verschwundene Dörfer“) wurde länderübergreifend und in thematischen Schwerpunkten untersucht, wie sich Erinnerung an Zwangsmigrationen in den drei Ländern gestaltet, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es gibt und welches geschichtskulturelle Potential in einer gemeinsamen europäischen Erinnerung enthalten ist.

Schwerpunkt des Teilprojektes „Vertreibung europäisch erinnern“ war der *Vermittlungsaspekt*, was bedeutet, dass es im Verlauf vorrangig um die didaktische Analyse der Objekte, die Formulierung von Lernzielen und historischen Kompetenzen für Lernende, eine knappe Zusammenfassung der Sachebene sowie die Aufbereitung des Materials für das historische Lernen ging.

Als Ergebnis finden sich in dieser Broschüre vier „Bausteine“, die sich zur Anwendung in europäisch ausgerichteten Lernprozessen der historischen Bildung eignen.

In der Broschüre finden sich die vier folgenden, didaktisch ausgearbeiteten Bausteine zum Themenbereich „Vertreibung historisch erinnern“

- Breslau/Wroclaw als europäischer Erinnerungsort für Zwangsmigrationen
- Denkmäler in Polen, Tschechien und Deutschland
- „Verschwundene Dörfer“ im Gebiet Liebau/Libava (Tschechien)
- Zweisprachige Ortsschilder im Opperlner Schlesien (Polen)

Diese vier thematischen Bausteine enthalten jeweils prägnant zusammengefasste Informationen zur Sache, didaktisch-methodische Hinweise, Material, das zum historisch-politischen Lernen eingesetzt werden kann und das teilweise mit konkreten Arbeitsaufträgen verbunden ist sowie weiterführende Literaturhinweise. Sehr detailliert ausgearbeitete Unterrichtseinheiten mit Strukturskizzen und Tafelbildern dürfen aber nicht erwartet werden.

Erarbeitet wurde diese Broschüre von Studierenden aus drei Hochschulen: Von fünf Lehramtsstudierenden des Faches Geschichte aus Heidelberg, von zwei Lehramtsstudierenden der Gesellschaftswissenschaften aus Olomouc und von zwei Geschichtsstudierenden und zwei Doktoranden der Geschichte aus Opole.

Die Geschichtswerkstatt Europa ist ein Programm der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, das internationale Projekte zur Analyse europäischer Erinnerungskulturen fördert. Ziel ist ein Dialog junger Europäer über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten nationaler, regionaler und lokaler Erinnerungen an die Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts.

Die Geschichtswerkstatt Europa fördert internationale Projekte, in denen Studenten, Absolventen, Nachwuchswissenschaftler, Journalisten, Künstler sowie andere Akteure der

Zivilgesellschaft im Alter von 18 bis 35 Jahren gemeinsam von April bis Oktober 2010 einem Pfad der Erinnerung nachgehen.

Die Projekte werden vom Antragsteller gemeinsam mit einem Partner aus einem anderen mittel- bzw. osteuropäischen Land oder Israel geplant und durchgeführt. Dabei soll durch Präsentationen und Diskussionen eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden. Als Ergebnis der Projekte wird ein Text-, Foto- oder Filmbeitrag zur gemeinsamen Internetplattform der Geschichtswerkstatt Europa erwartet.

[Zur Broschüre Vertreibung europäisch erinnern.](#)

Empfehlung Web

7. Region vermitteln über Grenzen

Das deutsch-tschechische Geschichts-Projekt "Region vermitteln über Grenzen" wendet sich vor allem an Lehrer/innen und Lehramtsstudierende der grenzübergreifenden Region Bayerischer Wald – Böhmerwald.

Ein Schwerpunkt des Projekts ist die Erstellung und Betreuung des Internetportals onlinemodule.eu. Hier stehen in deutscher und tschechischer Sprache Materialien für den grenzüberschreitenden Geschichtsunterricht mit Fokus auf die Region Bayerischer Wald – Böhmerwald zur Verfügung, ebenso wie Anregungen und Hilfen zu deren didaktisch-methodischer Umsetzung.

Zur Verfügung stehen Materialien zu folgenden Themen:

- * Goldener Steig – mittelalterliche Handelswege
- * Eiserner Vorhang
- * Zwangsaussiedlung im Kontext des Zweiten Weltkriegs
- * Konzentrationslager Flossenbürg

Neben einleitenden Überblickstexten stehen vertiefende Beiträge zu Flüchtlingslagern, der Ankunft in Bayern und zur Wiederbesiedlung des Gebiets in Tschechien nach 1945 zur Verfügung. Die Redaktion hat ganze Unterrichtseinheiten und Arbeitsblätter vorbereitet. Vor allem die schriftlichen Zeitzeugenerinnerungen, die nach Herkunftsorten der Personen gegliedert sind, sowie die Meinungsumfragen lohnen sich zu lesen.

Daneben steht eine hilfreiche Linksammlung zu Initiativen, Materialien, Literatur und praktischen Hinweisen zur Durchführung von eigenen Oral History Projekten zur Verfügung. Darüber hinaus stehen gelungene Beispielprojekte auf dem Portal, außerdem hat die Redaktion verschiedene Fördermöglichkeiten für eigene Geschichtsprojekte zusammengestellt.

[Zum Portal Region vermitteln über Grenzen.](#)

Empfehlung Web

8. The Unwanted - Bildungsportal zu Zwangsmigration im 20. Jahrhundert

Im Mittelpunkt des Lernportals „The Unwanted“ stehen die Erinnerungen von Vertriebenen und Flüchtlingen. Sie können mittels ihrer Erzählungen, Fotos und anderer Quellen - wie Dokumente und Karten – nachvollzogen werden. Arbeitsaufträge helfen, die Quellen zu bearbeiten und eine selbstständige Interpretation und Einordnung der Zeitzeugenaussagen zu ermöglichen.

Eigenständig können Schülerinnen und Schüler sowie sonstige Nutzerinnen und Nutzer in Gruppen oder in Einzelarbeit sich den Themenbereich Zwangsmigration im 20. Jahrhundert aus verschiedenen Perspektiven erschließen.

Die Konzeption des Portals beruht auf einem umfassenden Verständnis des Begriffs Zwangsmigration. Sie verstehen ihn als einen „Sammelbegriff für die verwandten Phänomene von Flucht, Vertreibung und so genannter ethnischer Säuberung. Ihre Gemeinsamkeit ist die erzwungene Wanderung von einer bestimmten ethnischen Gruppe. Die Urheber der Zwangsmigration sind Regierungen (oder de-facto-Regierungen, wie im ehemaligen Jugoslawien), die dafür den staatlichen Machtapparat nutzen.“

Folgende Regionen werden in den Materialien thematisiert:

Bosnien-Herzegowina in den 1990er Jahren

Deutschland und Polen in den 1940er Jahren

Griechenland und die Türkei in den 1920er Jahren.

Die einzelnen Themenbereiche sind in vier Lernstationen gegliedert, die wiederum mindestens drei Arbeitsaufträge anbieten. Jeder einzelne Arbeitsauftrag ist eine in sich abgeschlossene Unterrichts- bzw. Lerneinheit von in der Regel 90 Minuten. Aufgabenstellung, Materialangebot und Vorschläge zur Präsentation der Ergebnisse gliedern den Arbeitsauftrag.

Lernstation 1 führt Schülerinnen und Schüler methodisch in das Lernportal ein, um den Umgang mit Zeitzeugenerzählungen und Fotos einzuüben.

Lernstation 2 befasst sich mit den Ursachen von Zwangsmigrationen in den einzelnen Fallregionen, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu verdeutlichen.

Lernstation 3 behandelt den Verlauf und die Kontexte von Zwangsmigrationen, die den einzelnen Ländern bzw. Fallregionen gemeinsam sind bzw. sich voneinander unterscheiden.

Lernstation 4 fragt nach Herausforderungen, die sich für Vertriebene und Flüchtlinge selbst und für die jeweiligen Gesellschaften nach erfahrener Zwangsmigration ergaben.

Anhand der Übersicht der einzelnen Lernstationen können Lehrkräfte den thematischen Zuschnitt und den zeitlichen Umfang des Unterrichts planen.

Die Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus den unterschiedlichen Ländern stehen als Audiodateien zur Verfügung. Es ist vorgesehen, dass Lehrerinnen und Lehrer den Lernprozess als Moderatorinnen und Moderatoren begleiten. Dabei können die

Arbeitsaufträge frei und ohne eine vorgegebene Reihenfolge anhand der Übersichten zu den Lernstationen gewählt werden.

Die Materialien in den Arbeitsaufträgen liegen zum Download bereit und sind offline verwendbar. Die wichtigen Begriffe in den Lernstationen sind markiert und mit dem Lexikon verlinkt. Zur Vertiefung und Weiterarbeit sind themenspezifische Literatur- und Linktipps verfügbar.

Positiv hervorzuheben ist die Auswahl an Literatur und Quellen für den Teil zur deutsch-polnischen Geschichte. Auch die Zeitzeugeninterviews sind auf einem qualitativ hohen Niveau und bereichern die Unterrichtspraxis.

Allerdings ist eine kritische Hinterfragung des verallgemeinernden Zwangsmigrationsansatzes durchaus berechtigt und kommt auf dem Portal selbst zu kurz. Denn leicht werden so Spezifika verwischt und es kann der Eindruck von kontextlosen Vertreibungen, deren jeweiligen Ursachenkomplexe nur verschwommen verstanden werden, entstehen. Gerade die emotionalen Aufladungen der Vertreibungsdebatte um Deutschland und Polen wird ausgeblendet, sodass der Ursachenkomplex um die Vertreibungen der Deutschen zu kurz kommt.

[Zum Lernportal The Unwanted.](#)

Empfehlung Podcast

9. Flucht und Vertreibung - Ein Beitrag von Radio Bremen

Der 45-minütige Audiobeitrag gibt einen hörenswerten Abriss deutscher Innen- und Außenpolitik seit den 1950er Jahren. Dabei stehen die öffentlichen und politischen Debatten zum Thema Flucht und Vertreibung im Mittelpunkt. Auf diese Weise gelingt es die Entwicklung hin zum „Zentrum gegen Vertreibung“ nachzuvollziehen um so die teils hitzige Debatte zu versachlichen.

Spätestens mit der Debatte um das "Zentrum gegen Vertreibung" und die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach ist das Thema "Vertreibung" wieder im öffentlichen Bewusstsein. Seitdem wird es kontrovers diskutiert. Für viele Vertriebene scheint es noch heute kaum vorstellbar, dass nicht nur sie Opfer sind, sondern dass viele Menschen in der ganzen Welt ähnliche Schicksale erlitten haben und noch immer erleiden. Vor diesem Hintergrund haben deshalb Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen an der Universität Oldenburg versucht, das Thema Flucht, Vertreibung, Migration in einen größeren Kontext zu stellen. Das Thema der Vortragsreihe wurde bewusst auf Fragen gegenwärtiger Migration und Deutschland als Einwanderungsland ausgeweitet.

Das Thema Flucht und Vertreibung sei schon seit Jahrzehnten in der Mitte der Gesellschaft angekommen und wurde weder verdrängt noch ignoriert. Von einem „Verdrängtem Thema“ oder gar „verbotener Trauer“ zu sprechen, wie Mitglieder des Bundes der Vertriebenen es tun und getan haben, sei schlicht irreführend und entspreche nicht den Tatsachen, so der Historiker Matthias Beer.

Ein zweiter Schwerpunkt des Beitrags widmet sich der umgekehrten Frage, nämlich

inwiefern die Vertriebenen in Deutschland willkommen geheißen wurden. Dabei zeigt er die großen Barrieren von beiden Seiten auf. Am Beispiel Nordwest-Deutschlands berichtet er von Einzelschicksalen.

In einem dritten Teil spricht Krzysztof Ruchniewicz, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien in Wrocław über die Geschichte der deutsch-polnischen Schulbuchkommission.

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela thematisiert die gegenwärtige Migrationsdebatte in Deutschland und plädiert dafür, Migration nicht als Stör-, sondern als Normalfall anzuerkennen. Sie zeichnet die Geschichte der Migrationsdebatte nach und zeigt zentrale Diskurse über Integration und Sicherheit auf.

Den Abschluss bildet ein Vortrag zu gegenwärtiger Flüchtlingspolitik von Dita Vogel.

Der Beitrag eignet sich für die Bildungsarbeit besonders durch die Zusammenschau verschiedener Aspekte, allerdings ist das sprachliche Niveau eher weniger für Jugendliche geeignet.

[Zum Radiobeitrag auf Radio Bremen](#)

Manuskript zum Radiobeitrag: „Der lange Weg der Versöhnung. Erika Steinbach, die Politik und die Vertriebenenverbände“

Der Deutschlandfunk hat unter dem Titel „Der lange Weg der Versöhnung. Erika Steinbach, die Politik und die Vertriebenenverbände“ die Geschichte der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland zusammengefasst.

[Zum Manuskript der Sendung](#)

Interviews mit Arnold Tölg und Peter Steinbach

Ein aktuelles Interview im Deutschlandfunk mit Arnold Tölg, Vorsitzender des Bunds der Vertriebenen in Baden-Württemberg und Präsidiumsmitglied im BdV-Bundesverband.

Arnold Tölg soll als Vertreter des BdV einen Sitz im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ bekleiden. Diese Entscheidung rief starke Kritik von Seiten der SPD und des Zentralrates der Juden in Deutschland hervor. Tölg würde die Verbrechen der Nationalsozialisten relativieren, so ihre Kritik. Im Interview mit dem Deutschlandfunk vom 3. August 2010 wehrte sich Tölg gegen die Vorwürfe und forderte eine Anerkennung der gegen die Deutschen begangenen Verbrechen. Tölg fühlt sich vorsätzlich missverstanden und sieht trotz der Kritik keinen Grund, auf seinen Posten im Stiftungsrat zu verzichten.

Im Anschluss an das Interview mit Arnold Tölg sah der Historiker und Politikwissenschaftler Steinbach die Kritik an Tölg bestätigt: Tölg würde die Verbrechen der Deutschen relativieren und auf einem angeblichen Tabu der Vertreibungsaufarbeitung beharren. Dieses habe es nie gegeben, so Steinbach. Sowohl die Vertreibung der Deutschen als auch die Vertreibungsverbrechen seien gut aufgearbeitet und niemals verschwiegen worden. Steinbach zweifelt an dem Stiftungszweck der „Versöhnung“, solange Personen wie Arnold Tölg im Rat säßen.

[Zu den Interviews mit Arnold Tölg und Peter Steichbach](#)

Empfehlung Fachbuch

10. Atlas zur Geschichte der europäischen Zwangsmigrationen im 20. Jahrhundert

Von Astrid Homann

Der von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) herausgegebene Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas „Zwangsumsiedlung, Flucht, Vertreibung 1939-1959“ behandelt schwerpunktmäßig die Zeitspanne vom deutschen Überfall auf Polen 1939 bis zum Ende der Repatriierung der in die UdSSR deportierten Polinnen und Polen 1959. Die Autor/innen des Atlas sind vier jüngere polnische Historiker/innen aus Warschau und Wrocław, die bei der Herausgabe von dem Historiker und Atlasredakteur Witold Sienkiewicz unterstützt wurden.

Die polnische Originalausgabe des Atlas erschien 2008 im Warschauer Kartographie-Verlag Demart, einem kommerziellen, nicht-wissenschaftlichen Verlag, der Atlanten und Gebrauchskarten publiziert. Die polnische Ausgabe des Atlas verkaufte sich gut und wurde 2009 in Polen als „Historisches Buch des Jahres“ in der Kategorie „Populäres Buch“ mit einem angesehenen Historikerpreis ausgezeichnet - Stifter des Preises ist u.a. das staatliche Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN). Noch im gleichen Jahr wurde der Band für den deutschen Markt übersetzt und zuerst vom Weltbild-Verlag unter dem Titel „Illustrierte Geschichte der Flucht und Vertreibung 1939-1959“ verlegt. Im Jahr 2009 konnte die BpB den Atlas als Lizenzausgabe publizieren.

Der Fokus auf erzwungene Teilungen und Umsiedlungen und die polnische Geschichte im 20. Jahrhundert begründet den europäischen Zuschnitt des Atlas. Zeitlich und geografisch wird das vollständige polnische Territorium vor und nach dem Zweiten Weltkrieg behandelt: Das Gebiet der Zweiten Polnischen Republik in den Jahren 1918-1939, der Freien Stadt Danzig in der Zwischenkriegszeit sowie die Gebiete des Deutschen Reiches, die nach 1945 an Polen abgetreten wurden. Die transnationale Perspektive des Atlas resultiert darüber hinaus in einer Strukturierung nach Bevölkerungsgruppen, die Deutsche, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Tschechen, Slowaken und in einer Kategorie zusammengefasste „Andere“ einbezieht.

Ein zentrales Kapitel ist der jüdischen Bevölkerung Polens gewidmet. Es umspannt die Situation in der Vorkriegszeit sowie die Ghettoisierung und Vernichtung. Besonders erwähnenswert sind hierzu die aufschlussreichen und übersichtlichen Kartendarstellungen der Ghettos in Warschau, Łódź und Białystok. Ein weiterer Schwerpunkt wird auf das Pogrom von Kielce 1946, die Migration polnischer Jüdinnen und Juden nach Israel nach der Staatsgründung 1948 sowie die Umsiedlung von Jüdinnen und Juden aus der UdSSR nach Polen gelegt.

Das Kapitel über die Deutschen beginnt mit der Darstellung der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik von deutschen Bevölkerungsteilen auf zuvor polnisches Territorium ab 1939. Im Anschluss werden die Flucht und Evakuierung der deutschen Bevölkerung nach Westen von 1944-45 beschrieben, zwei weitere Kapitel behandeln die Verschleppung von Deutschen in die UdSSR und die organisierte Aussiedlung zwischen 1945 bis 1948 aus den polnischen Gebieten.

Der aufwendig gestaltete Band zeichnet sich durch eine Fülle von Bildern, Porträts, Fotoabbildungen, Zeichnungen und Reproduktionen von historischen Dokumenten aus, die allerdings vorwiegend eine illustrative Funktion erfüllen. Für den Einsatz im Unterricht sind deswegen eher die zahlreichen großformatigen und sehr detaillierten Kartenmaterialien und Grafiken geeignet. Die Texte der Autor/innen werden durch anschauliche Zeittafeln und den Abdruck von historischen Quellen und Ego-Dokumenten ergänzt. Diese Zeugnisse, wie beispielsweise behördliche Protokolle und Verordnungen, Zeitzeugenerinnerungen und Tagebuchauszüge sowie Zeitungsberichte, eignen sich ebenfalls für eine quellenanalytische Verwendung im Unterricht und als ergänzendes Material zum Geschichtsbuch.

Die komplexe Geschichte der verschiedenen Zwangsmigrationen im Kontext des Zweiten Weltkriegs in einem Buch zusammen zu fassen ist ein schwieriger Ansatz. In der Vermittlung kann bei Schülerinnen und Schülern leicht der diffuse Eindruck entstehen, dass es immer viel Unrecht in der Welt gibt. Aus diesem Grund ist sowohl eine transeuropäische Perspektive als auch die Kontextualisierung der Geschichte der Umsiedlung und Flucht von Deutschen durch die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust für jede Art der Darstellung und Behandlung absolut grundlegend - ohne das letzteres dabei auf eine bloße „Vorgeschichte“ reduziert wird.

Zwangsumsiedlung, Flucht, Vertreibung 1939-1959. Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas. Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2009, 6 €.

[Zum Bestellformular der BPB](#)

Über die Autorin

Astrid Homann engagiert sich im Arbeitskreis geschichtspolitische Interventionen, der sich mit den Plänen der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zur Errichtung eines Dokumentations- und Ausstellungszentrums in Berlin, und darüber hinaus mit geschichtspolitischen Entwicklungen beschäftigt und diese kritisch begleitet.

Empfehlung Fachbuch

11. Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich

Von Markus Nesselrodt

Die Historikerin Madlen Benthin untersucht in ihrem Buch deutsche und tschechische Geschichtsbücher für die Sekundarstufe I aus fünf Jahrzehnten. Dabei weist sie nach, dass Schulbücher vielmals als Seismographen für die jeweilige Erinnerungskultur agieren. Geschichtsbücher sind also stets Produkt gesellschaftlicher Aushandlungs- und Reorganisationsprozesse: sie bestimmen, welche historischen Ereignisse in einer Gesellschaft als wichtig erachtet werden. Bei der vergleichenden Analyse von 119 (!)

Schulbüchern aus dem Zeitraum von 1950 bis 2004 fällt vor allen auf, wie sehr sich die Geschichtsbücher voneinander unterscheiden, obwohl sie sich alle auf den selben historischen Vorgang beziehen.

In der Erinnerungskultur der SBZ/DDR nimmt das Thema Vertreibung eher eine nebensächliche Rolle ein und unterliegt in den wenigen erschienenen Lehrwerken kaum Veränderungen. Im Zentrum der DDR-Selbstbildes standen von Beginn an die Distanzierung vom nationalsozialistischen Regime, ein kanonisierter Antifaschismus und die These, dass das deutsche Volk von Hitler verführt worden sei. Schuldige und Mitverantwortliche seien ausschließlich in der BRD zu suchen. Flüchtlinge und Vertriebene wurden zu „Umsiedlern“ umbenannt. Daneben wurden Versuch, eine Vertriebenenidentität zu bewahren, rigoros unterbunden. Vor dem Hintergrund der sozialistischen Völkerfreundschaftsideologie fielen sämtliche Grautöne in der Bewertung der gemeinsamen Vergangenheit unter den Tisch. So wird die Vertreibung der Deutschen als logische und friedensstiftende Maßnahme in Folge des Potsdamer Abkommens bezeichnet.

In der BRD unterlag das Thema dagegen verschiedenen Wandlungen, die sich meist mit geringen zeitlichen Verzögerungen auf gesellschaftliche Diskurse in den Schulbüchern niederschlugen. Standen die 1950er noch stark unter der Prämisse des Anti-Kommunismus, der deutlichen Trennung zwischen NS-Regime und Volk, der Betonung des Flüchtlingseleid und der Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Grenze, so lässt sich in den 1960er Jahren eine Verschiebung von kollektiven Opfer- zu kollektiven Täterzuschreibungen feststellen.

Infolge der Neuen Ostpolitik der Bundesregierung, der zahlreichen NS-Täterprozesse und den gesellschaftlichen Veränderungen in Folge von „68“ geriet die Thematisierung der Vertreibung zunehmend unter dem Verdacht des Revanchismus. In der Wissenschaft setzt sich bis in die 90er Jahre der Begriff der Zwangsumsiedlung immer mehr durch. Nun wird die Vertreibung der Deutschen stärker im Kontext der europäischen Zwangsumsiedlungen gedeutet, wodurch zum Teil aber auch der spezifische Kontext verschleiert wird. Neben einer erstmaligen Thematisierung der problematischen Integration rückt der Topos der deutschen Opfer nach der Wiedervereinigung stärker in den Vordergrund.

In der Erinnerungskultur der kommunistischen Tschechoslowakei lässt sich zunächst, ähnlich wie in DDR, ein Versuch beobachten, die Vertreibung der Deutschen zu verharmlosen oder zum Teil zu verschweigen. Das äußert sich u.a. in der Wahl des wertneutralen Begriffs „odsun“ (Abschub). Ferner wird die Vertreibung als logische Konsequenz der NS-Besatzung dargestellt und die deutsche Minderheit kollektiv als Nazis und Revanchisten (mit Ausnahme der Antifaschisten) bezeichnet. Was die Integration der tschechischen Neusiedler angeht, so gleicht sie einer Erfolgsgeschichte. Im Zuge der Demokratisierung Tschechiens nach 1989 trugen besonders die öffentliche Entschuldigung des Staatspräsidenten Vaclav Havel für die Vertreibung sowie die intensive bilaterale Zusammenarbeit zu einer Neuausrichtung in den Geschichtsbüchern bei. Trotz der bestehenden Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Historiker stand lange die Frage nach der angemessenen Bezeichnung im Zentrum der Auseinandersetzungen: „Abschub“ oder Vertreibung? In Bezug auf die Vorgeschichte werden vor allem das „Münchener Abkommen“ von 1938 und der darauf folgende Verlust der staatlichen Souveränität betont.

Madlen Benthins vergleichende Untersuchung thematisiert zentrale Fragen der

Schulbuchforschung: Wie wollen die Gesellschaften die Vertreibung der Deutschen im historischen Gedächtnis der Schüler verankert wissen? Was wird besonders intensiv beleuchtet und was nicht? Wie verteilen sich Täter- und Opferrollen? Und schließlich, wie gestaltet sich der Übergang vom kommunikativen Gedächtnis der Erlebnisgeneration in das kulturelle Gedächtnis der jeweiligen Gesellschaften?

Dabei stellt Benthin fest, dass letztlich trotz aller Pluralität in den Schulbüchern die jeweilige nationale Meistererzählung im Mittelpunkt steht. Kaum ein Buch bezieht andere Perspektiven auf die Vertreibung als die eigene mit ein. So kommt die Autorin zu dem Schluss, dass trotz fortschreitender europäischer Integration nicht alle Erinnerungen transnational vermittelbar seien.

Madlen Benthin, Die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa. Deutsche und tschechische Erinnerungskulturen im Vergleich, Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Hannover 2007, 155 Seiten, 9 €.

Empfehlung Fachdidaktik

12. Das Thema Vertreibung in Unterricht, Forschung und Politik

Von Lisa Just

Der vorliegende Band beleuchtet auf verschiedenen Ebenen den deutschen wie den polnischen Vertreibungsdiskurs, benennt deren Akteur/inn/en und Institutionen, analysiert deren Struktur und ermöglicht Vergleiche. Weitere Beiträge, darunter Schulbuchanalysen, Schüler-Befragungen, Unterrichtserfahrungen, Überlegungen zum Zeitzeugeneinsatz und Online-Angebote für den Unterricht ergänzen den Band.

Der erste Teil des Buches spiegelt die politischen Debatten um Vertreibungen bzw. Aussiedlungen in der polnischen sowie der deutschen Öffentlichkeit wider. Außerdem werden rechtliche Positionen um das Lastenausgleichsgesetz und Rückgabeforderungen verhandelt.

Ein zweiter größerer Themenblock widmet sich dem oft problematischen Umgang mit Zeitzeugen und der Rezeption von Geschichtserzählungen. Darin werten Thomas Strobel, Robert Maier und Stefanie Wolter Umfrageergebnisse aus, die ein aufschlussreiches Bild der Vertreibungen und Aussiedlungen im Bewusstsein deutscher Schüler zeichnen.

Im Jahr 2002 hatte das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ eine Umfrage zum Thema „Vertreibung“ in Auftrag gegeben. Die daraus gewonnenen Einschätzungen ergänzten die Autoren mit Ergebnissen einer 2006/07 vom Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung durchgeführten Umfrage.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die befragten Schülerinnen und Schüler das Wort „Vertreibung“ in erster Linie mit der Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus verbinden, erst an dritter Stelle denken sie an die Vertreibungen von Deutschen und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. Schule und Fernsehen sind die vorrangigen

Informationsquellen zu diesem Thema, nicht wie vielleicht erwartet die Familie. Dem Beitrag ist der verwendete Umfragebogen angehängt, sodass Lehrkräfte den Wissensstand ihrer eigenen Schüler ermitteln können.

Für Praktiker und Praktikerinnen sei hier insbesondere auf den Beitrag von Wiebke Becker hingewiesen. Auf fast 20 Seiten beschreibt sie ausführlich ihre Unterrichtseinheit zum Thema „Vertreibung“, durchgeführt in einer 12. Klasse eines Gymnasiums. Im Mittelpunkt stehen die Vorbereitung und Durchführung eines Zeitzeugenbesuchs.

Interessant ist dabei der Versuch Multiperspektivität zu gewährleisten, indem der Realbegegnung mit „Vertriebenen“ die Arbeit an einer schriftlichen Quelle vorangestellt wird, die eine polnische Perspektive beschreibt. Leider findet sich die in der Einheit geplante gemeinsame Auseinandersetzung mit der Methode „Zeitzeugenbefragung“ im Text nicht beschrieben. Dies hätte den Lesern und Leserinnen sicherlich besser ermöglicht, Beckers Bewertung einer erfolgreichen Unterrichtseinheit besser zu folgen.

Der dritte größere Themenblock liefert Analysen von Schulbüchern und anderen Lehrmaterialien aus Polen und Deutschland. Die von Małgorzata Ruchniewicz vorgestellte Konzeption einer Lehrerhandreichung zu den Zwangsmigrationen auf polnischem Territorium in den 1940er Jahren ist mittlerweile erschienen.

Der Sammelband ist nicht nur auf Grund seiner politischen Aktualität ein wichtiger Beitrag zur historischen Forschung sowie Fachdidaktik und Schulpraxis.

Projekte, die sich mit dem Thema „Aussiedlung“/ „Vertreibung“ beschäftigen, finden Sie auch auf „Lernen aus der Geschichte“:

- Begegnungen Leipzig – Marcinowice. Polnische und deutsche Jugendliche interviewen Vertriebene.

<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/4238/Begegnungen%20Leipzig%20-%20Marcinowice>

- „Perspektiven im Wandel“ – die Geschichten der Vertriebenen

<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/4315/Perspektiven%20im%20Wandel>

- Die "Aussiedlung" der Bewohner von Skierbieszów: Deutsche Besatzungszeit / „Himmelerland“

<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/4258/Die>

Thomas Strobel und Robert Maier (Hrsg.): Das Thema Vertreibung und die deutsch-polnischen Beziehungen in Forschung, Unterricht und Politik. Studien zur internationalen Schulbuchforschung, Band 121. Verlag Hahnsche Buchhandlung (2008) Hannover 230 S., 19 €.

13. Geschichte verstehen – Zukunft gestalten. Die deutsch-polnischen Beziehungen 1933-1949.

Von Ingolf Seidel

Das deutsch-polnische Schulbuch „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten. Die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933 – 1949“, entstanden aus dem gleichnamigen Projekt der Sächsischen Bildungsagentur ist bereits in der zweiten Auflage erschienen. Darin drückt sich ein Bedarf in den Schulen, vor allem in der polnisch-deutschen Grenzregion, aus, das historische Verhältnis der beiden Nachbarstaaten während des Nationalsozialismus und in der Folge des deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges zu thematisieren. Das Buch ist als deutsch-polnisches Kooperationsprojekt in den Jahren 2005 bis 2007 entstanden und will Lehrkräften ergänzende Unterrichtsmaterialien zu ausgewählten Aspekten der beiderseitigen Beziehungen für den Geschichtsunterricht an die Hand geben. Zu diesem Zweck werden vor allem eine verschiedenste Quellen in Form von Texten, Bildern und einer begleitenden CD-Rom, die vier Zeitzeugengespräche als Videos in beiden Sprachen enthält, angeboten. Die Quellen werden durch begleitende redaktionelle Texte eingeführt und jeweils kontextualisiert.

Zugrunde liegt dem Pilotprojekt die Arbeit deutscher und polnischer Historiker/innen im Auftrag des Bundeslandes Sachsen sowie der polnischen Nachbar-Wojwodschaft Niederschlesien (Dolny Śląsk). Beteiligt waren dabei Tobias Wegener vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa aus Oldenburg und auf polnischer Seite die Historiker/innen Małgorzata und Krzysztof Ruchniewicz vom Willy-Brandt Zentrum in Breslau (Wrocław) und Kazimierz Woycicki, Direktor der Stettiner Außenstelle des Instituts für Nationales Gedenken (IPN).

Die ersten Reaktionen auf die Erstveröffentlichung in Polen und Deutschland waren durchaus zwiespältig. Sie reichten von Zustimmung, wie durch Zofia Kozłowska, der Vizepräsidentin der Polnisch Historischen Gesellschaft bis hin zu harscher Kritik, wie sie durch Bogusław Kopka, Historiker des IPN formuliert wurde. Laut der Zeitung „Die Welt“ in ihrer Onlineausgabe vom 19. März 2008 würde man den Eindruck bekommen, „dass die deutsche Seite ihre Sichtweise und Terminologie vorgeschlagen hat und Polen sich dann den Bedingungen des deutschen Verlages angleichen musste“. So werde beispielsweise der Warschauer Aufstand der Untergrundarmee Armia Krajowa nicht erwähnt, kritisiert Kopka.

Behandelt werden in zwanzig Kapiteln in drei Teilen (1933-1939, 1939-1945 und 1945-1949) nicht nur zu erwartende und bekannte Themen wie die „Diskriminierungspolitik“ (S. 21) des nationalsozialistischen Deutschlands, der Hitler-Stalin-Pakt, die deutsche Besatzung Polens oder die Konferenz von Potsdam. Den speziellen Charakter der vorliegenden Publikation prägen neben anderen die Abschnitte zur Nationalitätenpolitik in der stalinistischen Sowjetunion, den „Polnischen Gebieten unter sowjetischer Besatzung“ oder zur „Umsiedlung Deutscher“ und deren Ansiedlung im besetzten Polen. Mit der Neuaufnahme des Kapitels „Der polnische Untergrundstaat“ wurde auf die Kritik teilweise reagiert. Auch die vermutete Zahl der Opfer des Massakers an geschätzten 14.500

polnischen Offizieren durch die Rote Armee im Jahr 1940 wurden gegenüber der ersten Auflage nach unten korrigiert. Man würde sich vor allem im zweiten Teil, der sich mit der Zeit des deutschen Überfalls auf Polen, dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen und der Zeit bis 1945 beschäftigt ein eigenständiges Kapitel zur deutschen Volksgruppenpolitik in Polen sowie vor allem zur Verstrickung der dort lebenden oder angesiedelten Deutschen in die nationalsozialistische Mord- und Vernichtungspolitik wünschen. Die späteren Vertreibungen von Deutschen würden sich erst so komplett erschließen. Dieser Aspekt wird im Kapitel „Der Vertreibungskrieg und die beginnende Besatzung Polens“ eindeutig zu kurz gewürdigt.

Der dritte Teil der Unterrichtsmaterialien greift sowohl die „Umsiedlung von Polen aus den an die UdSSR angeschlossenen Gebieten 1944-1947“ auf, als auch „Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung“ und die „Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ bzw. DDR“. Weitere Kapitel sind den unterschiedlichen historischen Gedächtnissen und der „Vergangenheitsbewältigung“ (S. 279ff) gewidmet. Wie an anderen Stellen auch irritiert an letztgenannter Überschrift die Sprachwahl der Autor/innen in den Begleittexten. Eine eindeutige Kritik an dem Umgang mit der Geschichte in den späteren Staaten des Warschauer Paktes ist dringend notwendig. Der Umgang mit der Vergangenheit diente in der SBZ bzw. DDR zu weiten Teilen der Legitimierung von Herrschaft und zugleich wurde mit dem staatsoffiziellen Antifaschismus die ostdeutsche Bevölkerung von jeglicher Schuld und Verantwortung exkulpiert. Der Antifaschismus in der DDR war allerdings mehr denn reine Ideologie, wie es im Kapitel „Vergangenheitsbewältigung“ nahe gelegt wird. Er basierte eben auch auf der Überzeugung vieler kommunistischer und nicht-kommunistischer Überlebender der NS-Herrschaft gesellschaftliche Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus zu ziehen. Es grenzt an Geschichtsrevision, wenn man diesen Umstand verschweigt und im Gegenzug Schuldabwehr, in Westdeutschland darauf reduziert, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Deutschen ihre Vergangenheitsbewältigung selbst in die Hand nahmen, wenn dies auch kein „einfacher Prozess“ gewesen sei und es in den 50er Jahren starke „Tendenzen zur Vertuschung der Vergangenheit“ gegeben habe (vgl. S. 280).

Die Abwehr der Beschäftigung mit den deutschen Verbrechen war in beiden Gesellschaftsformationen ausgesprochen groß. Es unterschieden sich dabei vor allem die ideologischen Begründungszusammenhänge und weniger der Umstand an sich. Gerade multiperspektivischer Ansatz von historisch-politischer Bildung über den stalinistischen Staatssozialismus und dessen Verbrechen sollte in mancher Hinsicht mit einer differenzierteren Betrachtungsweise einhergehen, als es hier der Fall ist. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang auch das Fehlen von Quellenmaterial zur hochproblematischen Politik des Bundes der Vertriebenen (BdV) in der Bundesrepublik und zur Verstrickung von Teilen der BdV-Gründungsgeneration in den NS-Herrschaftsapparat.

Trotz der grundlegenden Kritik bietet das Materialienbuch gute Möglichkeiten zum Einsatz der abgedruckten Quellen im Unterricht. Eine eigenständige Konzeption des Unterrichts können und wollen diese Materialien, die auch nicht als Lehrbuch konzipiert sind, ohnehin nicht ersetzen. Es bietet sich für die Lektüre vielmehr an die Begleittexte der Autor/innen selber als zeitgeschichtliche Dokumente zu lesen, die Ausdruck einer Lesart von Geschichte sind, die ebenso wie viele vorhergehende Geschichtsinterpretationen einen ideologischen Charakter tragen.

Kinga Hartmann (Hrsg.): Geschichte verstehen – Zukunft gestalten. Die deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1933 – 1949. Neisse Verlag. Dresden – Wrocław 2009, 344 Seiten, 24,80 €.

I M P R E S S U M

Lernen aus der Geschichte e.V.
c/o Institut für Gesellschaftswissenschaften und historisch-politische Bildung
Technische Universität Berlin
FR 3-7
Franklinstr. 28/29
10587 Berlin
<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

Projektkoordination: Birgit Marzinka
Webredaktion: Ingolf Seidel, Lisa Just, Markus Nesselrodt

Das mehrsprachige Webportal wird seit 2004 gefördert durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Berlin.